

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 47 (1953)
Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : zwischen Krieg und Frieden ; Auf Amerika kommt's an!
; Der Krieg als Geschäft ; Die Stunde der Völker ; Vom Ursprung des kalten Krieges ; Atomische Politik ; Heisser Krieg oder Umkehr?

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139770>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zwischen Krieg und Frieden Das politische Weltbild hat sich in den vergangenen vier Wochen nicht wesentlich verschoben. Alles wartet darauf, welchen Kurs die neue amerikanische Regierung unter Eisenhowers Führung einschlagen werde, und hält inzwischen mit irgendwie weitertragenden Entschlüssen und Handlungen zurück. So geht vor allem der *Koreakrieg* mehr oder weniger routinemäßig weiter, mit vermehrter Verwüstung nordkoreanischer Städte und Anlagen durch amerikanische Brand- und Napalmbomben allerdings. Der Feldzug sei unter diesen Umständen, wie ein amerikanischer Zeitungskorrespondent tröstlich nach Hause berichtet, «verhältnismäßig tragbar», gebe es jetzt doch wieder recht guten Martini-Schnaps und sogar Eiscrème in den Quartieren. Die Neuyorker «Nation» meint dazu:

«Mit guten Straßen, sicheren Beobachtungsposten, auf die per Jeep zu kommen ist, Wärmzelten, in denen man auftauen kann, vorgefabrizierten Bunkern, heizbaren Latrinen und anderen kleinen Wunderwerken führen unsere Streitkräfte in Korea offenkundig einen Luxuskrieg. Die Verluste betragen jetzt zwar mehr als 128 000 Mann, aber das steht natürlich auf einem anderen Blatt... Bei aller weiteren Betonung der Behaglichkeit könnte man immerhin mehr darauf schauen, daß dem Krieg durch Verhandlungen ein Ende gemacht wird.»

Auch in *Indochina* — wie übrigens in Malaya — nimmt der Krieg gegen die «kommunistischen Rebellen» seinen undurchsichtigen Fortgang; das einzig sichere Ergebnis, zu dem er führen wird, ist die immer heillosere Ruinierung der *französischen* Finanzen, deren anscheinend unaufhaltsame Zerrüttung wesentlich zum Sturz der Regierung Pinay und damit zur Zerstörung der Legende von der «Rettung des Franc», ja Frankreichs selbst, durch dieses bisher reaktionärste Kabinett der Nachkriegszeit beigetragen hat. Nur daß, wie es jetzt aussieht, Frankreich mit seiner neuen Regierung — René Mayer ist ein ausgesprochener Vertreter der «zweihundert Familien», die das Land immer noch beherrschen — erst recht den Mächten der sozialen Beharrung ausgeliefert ist, anstatt den Durchbruch zu einer neuen gesellschaftlichen Ordnung zu vollziehen. Erfreulich mag immerhin erscheinen, daß mit dem Versprechen des Ministerpräsidenten, eine Änderung der Verträge über die sogenannte Europäische Verteidigungsgemeinschaft vor ihrer Ratifizierung erstreben zu wollen und dem daraufhin erfolgten Verzicht Robert Schumans auf die Wiederbewerbung um das Außenministerium die baldige Inkraftsetzung der Verträge noch zweifelhafter geworden ist als schon bisher; in Amerika sieht man da und dort bereits die ganze Europapolitik der Vereinigten Staaten ernstlich in Frage gestellt. Nur bleibt zu bedenken, daß René Mayers Zugeständnisse vor allem unter dem Druck der Gaullisten-Partei erfolgt sind, von deren

gutem Willen das Schicksal seiner Regierung weithin abhängt, daß es also reaktionär-nationalistische Kräfte sind, die in verstärktem Maße auf die Außenpolitik Frankreichs Einfluß gewonnen haben. Und das ist wieder recht unerfreulich.

Daß hinter dem verbissenen Kampf der Regierung Adenauer um die Genehmigung der Verträge von Bonn und Paris durch die *westdeutsche* Bundesversammlung gleichfalls die konservativ-rückschrittlichen Kräfte des alten Regimes stehen, liegt auf der Hand. Bisher ist es zwar dem Kanzler mit all seiner Geriebenheit noch immer nicht gelungen, den förmlichen Anschluß Westdeutschlands an den westmächtlichen Kapitalismus und Imperialismus *gegen den offensichtlichen Willen der Volksmehrheit* durchzuzwängen. Sein Versuch, mit Hilfe der einen, ihm vermeintlich willfährigen Kammer des Verfassungsgerichtes einen Druck auf das Parlament zugunsten der Ratifizierung der Verträge auszuüben, hat sogar eher die gegenteilige Wirkung gehabt: die Auflehnung der anderen, fortschrittlicheren Kammer und die Gefahr, daß der Gesamtgerichtshof den Bonner «Generalvertrag» als verfassungswidrig erklären könnte, so daß schleunigst Bundespräsident Heuß sein Begehren zurückziehen mußte, das Verfassungsgericht möge ein Gutachten über die rechtliche Zulässigkeit des Abkommens mit den Westmächten abgeben. Wie der Kampf schließlich ausgehen wird, bleibe dahingestellt. Sicher ist nur, daß einer Ablehnung der Westverträge dauernder Erfolg allein dann beschieden sein wird, wenn sich die deutschen Parteien beider Landeshälften auf ein positives Programm für die friedliche Lösung der deutschen Frage einigen. Dessen Hauptpunkte müßten nach unserer Meinung sein: 1. Grundsätzliches Einverständnis der vier Besetzungsmächte über die Neutralisierung und dauernde Entwaffnung Deutschlands; 2. Durchführung freier Wahlen nach Erzielung eines solchen Einvernehmens (nicht vorher, wie die Westmächte jetzt fordern, in der Hoffnung, eine antikommunistische Volkswelle werde dann von selbst zum Anschluß Deutschlands an den Westblock führen); 3. Bildung einer gesamtdeutschen Regierung erst auf Grund des Wahlergebnisses (nicht schon vorher, wie die Sowjetunion möchte); 4. Abschluß des endgültigen Friedensvertrages mit der so gebildeten deutschen Regierung. — Ein derartiges Vorgehen würde von beiden Mächtigkeitsgruppen bedeutende Zugeständnisse fordern: vom Westblock Verzicht auf die Angliederung Deutschlands an sein Militärsystem, vom Ostblock Preisgabe des kommunistischen Regimes in Ostdeutschland. Aber beide Teile würden damit auch Entscheidendes gewinnen: der Osten die Schaffung eines Deutschlands, das nicht als Rammbock gegen den Sowjetblock benützt werden könnte, der Westen die Zurückschiebung der Grenze des sowjetischen Machtbereichs von der Elbe und dem Thüringer Wald hinter die Oder und die Neiße. Wäre dieses Ziel nicht die Opfer wert, die es verlangte? Dem Frieden wäre damit jedenfalls ein gewaltiger Dienst erwiesen.

Auf Amerika kommt's an! Die Sowjetunion wäre wohl schon längst bereit, zu einem Kompromiß wie dem soeben umrissenen die Hand zu bieten. Man hat zwar im Westen die jüngste Antwort Stalins auf die Frage einer amerikanischen Zeitung nach seiner Auffassung von den Friedensmöglichkeiten wieder mit dem mißtrauischen Zynismus aufgenommen, der nun einmal bei uns obligat zu sein scheint, wenn von der Sowjetpolitik die Rede ist. Aber wir müssen es dennoch immer wieder sagen: In diesen Dingen ist der Kreml vollkommen aufrichtig. Es ist wirklich so, wie der «New Statesman» (3. 1.) schreibt:

«Die Sowjetunion hat alles zu verlieren, wenn sie selbst in einen Krieg verwickelt wird. Wirtschaftlich geht es Rußland gut, und die Wohlstandssteigerung in der Sowjetunion ist auch nicht, wie diejenige Amerikas, unliebsam mit der Aufrüstung verknüpft. Krisenangst ist eine kapitalistische und keine kommunistische Erscheinung... Wenn jemals ein Land allen Grund hatte, die Vermeidung eines Krieges auf seinem Boden zu wünschen — unbeschadet allfälliger vorteilhafter Revolutionskriege, die anderwärts ausgetragen würden —, so ist das die Sowjetunion. Im Hinblick darauf, daß der Kommunismus in China viel früher durchgebrochen ist, als Moskau erwartet hatte, und daß Amerikas Einmischung Peking auf willkommene Weise an Moskau bindet, kann Stalin außerdem, wie er es am Parteikongreß im vergangenen Oktober tat, damit prahlen, daß die Sowjetwelt jetzt ein einziger großer Wirtschaftsraum sei, der weithin, wenn nicht vollständig, vom Westen unabhängig sei; sie könne ruhig auf der Seite stehen und zusehen, wie die westlichen Imperialisten sich gegenseitig die Augen auskratzen, mit ihren altunehrwürdigen Kolonialmethoden die rückständigen Länder den Kommunisten in die Arme treiben und ihrem Untergang entgegenrasseln — zur Ehre der kommunistischen Lehre und der Sowjetprophetie.»

Es hängt so tatsächlich nicht in erster Linie von der Sowjetunion ab, ob die Welt endlich einen dauerhaften Friedenszustand finden soll, sondern von ihrem großen Gegenspieler, den *Vereinigten Staaten*. Und da sind freilich die Aussichten alles andere eher als rosig. Amerikas Großkapitalismus und die ihn tragende Oberklasse, die mit dem Sieg der Republikanischen Partei auch nach außen hin für die Politik der USA verantwortlich geworden ist, kämpft eben mit letzter Kraft um den Weiterbestand des «freien Unternehmertums» in der Welt. Die «Monthly Review» (Neuyork) glaubt voraussagen zu dürfen,

«daß es nicht lang gehen wird, und jeder, der das gottgegebene Recht des Großkapitals auf unbegrenzte Profite in Frage stellt, wird als Kommunist gebrandmarkt und entsprechend behandelt werden. Im selben Zug werden die feigen Liberalen und Arbeiterführer, die sich mit ihrer Kommunistenheße auf ihre Weise zur Achtbarkeit hinaufzuarbeiten versuchten, bald die harte Lektion lernen, daß der Antikommunismus nur das Artilleriesperrfeuer ist, das dem Generalsturm auf alles, was der Profitjagd im Wege steht, vorangeht.»

Bereits kündigen die Leiter des Feldzuges gegen «unamerikanische Umtriebe» an, daß unter dem neuen Regime ihr patriotischer Kampf noch verschärft werden müsse. «Wenn für die Zukunft», so berichtet die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 6),

«eine Gewißheit besteht, so ist es die, daß der neue Kongreß auf diesem Gebiet alle seine Vorgänger übertreffen wird. Das ‚Unamerican activities committee‘, das Komitee für Fragen der inneren Sicherheit und der Ausschuß, dem Senator Joseph MacCarthy vorstehen wird — sie gedenken alle, ihre Arbeiten zu intensivieren und sich dabei besonders der Professoren und Lehrer an Universitäten und Mittelschulen anzunehmen, die ‚kommunistisch‘ denken. Man wird nicht behaupten, daß da der Rahmen allzu eng gezogen sei.»

Es wäre nur logisch, wenn das gleiche Scharfmachertum auch in der Außenpolitik vollends durchbräche. Geben wir nochmals der «Monthly Review» das Wort:

«Die republikanische Politik kann in ihren großen Linien mit einiger Sicherheit vorausgesagt werden. Westdeutschland und Japan, die schon unter der Regierung Truman mehr und mehr die Mittelpunkte der amerikanischen Politik geworden sind, werden wahrscheinlich die Schlüsselrolle spielen . . . Sie haben beide Revancheansprüche gegen Länder im sozialistischen Lager; sie haben beide große ungenützte Reserven an militärischen Mannschaftsbeständen. Was die Regierung Truman zurückgehalten hat, all ihre Karten auf die Deutschen und die Japaner zu setzen, war die Furcht, mit England und Frankreich in Konflikt zu kommen und schließlich die Allianz für den kalten Krieg zu sprengen, die in der Nachkriegszeit mit soviel Mühen und Kosten aufgebaut worden ist. Die Republikaner dürften durch solche Hemmungen nicht lang zurückgehalten werden.

. . . Auf den ersten Blick scheint diese Politik feuersicher. Westdeutschland und Japan werden fast sicher Ball spielen — zunächst wenigstens. Warum sollten schließlich die deutschen und japanischen Imperialisten nicht nehmen, was sie bekommen können, wenn es ihnen auf einem silbernen Teller angeboten wird? Und der einzige Nachteil vom amerikanischen Standpunkt aus, der Verlust der britisch-französischen Militärhilfe, ist offenbar nicht besonders ernst, da sich England und Frankreich ohnehin bereits unfähig erwiesen haben, eine wirkliche Militärmacht aufzubauen. Wenn alles ‚planmäßig‘ gehen sollte, könnten die Republikaner eine gewaltige Vergrößerung des amerikanischen Wirtschaftsimperiums, die Gewinnung zweier militärisch starker Juniorpartner und schließlich eine Lage erwarten, worin die sozialistische Welt herausgefordert und nötigenfalls mit amerikanischen Bomben und deutschen und japanischen Truppen zusammengeschlagen werden könnte.»

Die Gefahr sei nur, so meint die Neuyorker Monatsschrift, daß die Engländer und Franzosen abspringen, bevor Westdeutschland und Japan voll aufgerüstet sind, daß die deutschen und japanischen Imperialisten die ihnen zugedachte Rolle — nämlich den Amerikanern die Kastanien aus dem Feuer zu holen — nicht spielen werden und daß der Weltkapitalismus in eine neue Wirtschaftskrise gestürzt wird, die schwerer wäre als alle Krisen seit den dreißiger Jahren. Dennoch:

«Die Kriegsgefahr ist so groß wie je, vielleicht noch größer. Die amerikanische Außenpolitik treibt schon lang dem Schiffbruch entgegen. Unter Eisenhower mag die Krise früher kommen und größer werden. Und wenn sie kommt, werden die Republikaner, mit ihren ‚isolationistisch‘-faschistischen Heßern als Schrittmacher, wahrscheinlich eher bereit sein als die Demokraten, ‚nach vorwärts zu fliehen‘ — in die Katastrophe des dritten Weltkrieges hinein.»

Der Krieg als Geschäft Die Drohung, die in der amerikanischen Weltpolitik beschlossen ist, erscheint um so ernsthafter, als auch in der Wirtschaft der Vereinigten Staaten

stärkste Kräfte auf die Erhaltung, ja Steigerung der internationalen Spannung hindrängen. Die Rolle des amerikanischen Rüstungskapitals im heutigen Weltgeschehen, auf die ja hier immer wieder hingewiesen worden ist, kann in der Tat kaum überschätzt werden, wird aber gewöhnlich sehr unterschätzt, besonders von denjenigen, die den Frieden in erster Linie von der Sowjetunion her gefährdet sehen, der Sowjetunion, die bekanntlich so etwas wie ein Rüstungs- und Kriegsgeschäft überhaupt nicht kennt. Man vergegenwärtige sich doch folgende Tatsachen:

Als Amerika in den Zweiten Weltkrieg eintrat, hatte sich seine Wirtschaft erst sehr unvollkommen von der schweren Krise der dreißiger Jahre erholt. Insbesondere gab es immer noch fast 6 Millionen Arbeitslose; erst die Vollmobilisation von 1942/43 kurbelte die Produktion derart an, daß nun auch Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte möglich wurde. Das Kriegsende brachte dann zwar einen scharfen Rückgang der Rüstungsproduktion, aber gleichzeitig einen derartigen Aufschwung der Friedensproduktion zur Deckung des Nachholbedarfs im Inland und zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden im Ausland, daß die Hochkonjunktur, im ganzen genommen, keinen Tag unterbrochen wurde, ja neue Gipfel erreichte. Die Leistung der amerikanischen Fertigungsindustrien betrug im Januar 1946 bereits 131 Prozent des Standes von 1939, im Dezember 1950 aber nicht weniger als 175 Prozent. Gewinne und Löhne stiegen auf früher niemals gekannte Höhen.

Trotz Marshallplan machten sich aber seit etwa Mitte 1949 neuerdings Krisenzeichen bemerkbar. Es gab schon wieder 3 200 000 Arbeitslose, am Ende des ersten Halbjahres 1950 sogar fast 4 Millionen. Die Hochkonjunktur schien jedenfalls vorbei zu sein, und man mußte sich auf eine mehr und mehr rückläufige Bewegung, wenn nicht auf eine eigentliche Wirtschaftskrise gefaßt machen. Da kam als Retter der Koreakrieg. Über Nacht änderte sich die Szene. Umsätze, Preise, Profite und Löhne kletterten aufs neue hinauf; bis Ende 1950 waren wieder 1 400 000 Arbeitslose beschäftigt. Hatten die Rüstungsausgaben, Baukosten inbegriffen, vor Korea noch 1,2 Milliarden Dollar im Vierteljahr betragen, so schnellten sie jetzt sprunghaft bis auf den heutigen Stand von annähernd 10 Milliarden pro Quartal empor. Die Produktionskraft der amerikanischen Industrie im ganzen ist gegenwärtig fast doppelt so groß wie 1939, diejenige einzelner Hauptindustrien (Chemie, Maschinen, Elektroapparate, Verkehrsausrüstung usw.) sogar drei- oder viermal so groß. Kann diese riesig gesteigerte Leistungsfähigkeit auch in Friedenszeiten, nach dem Eintritt einer internationalen Entspannung, aufrechterhalten werden? Keine Rede davon. Wenn der Frieden «ausbräche», bräche auch eine Wirtschaftskrise von wahrscheinlich beispielloser Schwere in den Vereinigten Staaten aus. Die große Monatsschrift «Fortune» sucht zwar (im Dezemberheft 1952) glaubhaft zu machen, daß auch ein Rückgang der Militärausgaben von rund 60 auf 40 Mil-

liarden Dollar von der amerikanischen Wirtschaft ertragen werden könnte. Aber abgesehen davon, daß es fraglich ist, ob in einer entspannten Welt die USA immer noch 40 Milliarden für Kriegsrüstungen ausgeben «müßten», sieht man nicht recht, wie der Ausfall von auch nur 20 Milliarden durch höhere Kaufkraft der Verbraucher oder durch vermehrte Kapitalanlagen ausgeglichen werden könnte. Die genannte Zeitschrift rechnet selber damit, daß im Jahre 1955 aufs neue rund 5 Millionen Arbeitslose die Wirtschaft belasten werden und die Gesamtproduktion nicht höher sein wird als Ende 1952. Die amerikanische Geschäftswelt glaubt auf jeden Fall, das stärkste Interesse an einer Fortdauer der internationalen Spannung zu haben. Eines ihrer Hauptorgane, die «Business Week», stellte unlängst (29. November) gelassen fest: «Ein Waffenstillstand (in Korea) würde den prophezeiten Konjunkturrückgang fast sicher machen . . . Ein Fehlschlag der Bemühungen um die Beendigung der Feindseligkeiten könnte hingegen als Reizmittel wirken.» Und kaum zu Unrecht bemerkt «The Nation» (20. 12. 52) dazu:

«Das Drängen nach solchen ‚Reizmitteln‘ wird in dem Maße zunehmen, als die Rüstungskonjunktur ihre gegenwärtige Kraft verliert, und Mr. Dulles scheint der Mann zu sein, auf den man für die Lieferung der nötigen politischen ‚Krisen‘ zählt. Um mit der ‚Business Week‘ zu reden: ‚Er befürwortet die Freiheit zu Gegenangriffen, wo dies wünschbar ist. Das ist riskant. Er könnte Rußland auch unterschätzen. Aber es ist jedenfalls eine Abkehr von einer rein defensiven Diplomatie.‘»

Im gleichen Sinn warnt Professor Baran von der Universität Stanford in der «Nation» vom 29. November vor einer künstlichen Wiederverschlechterung des politischen Klimas für den Fall, daß eine internationale Entspannung die Rüstungskonjunktur beeinträchtigen sollte. «Klimaanpassung», um die Produzenten und Konsumenten von Munition zu befriedigen, wäre zwar, so meint er, «kein ganz beispielloses Verfahren». Wenn Zündstoff in Menge herumliege, brauche es nicht viel, um die Totalrüstung in einem Totalkrieg gipfeln zu lassen. Aber, so fragt er voll Unruhe, und wir fragen es mit ihm: «Gibt es denn keine Möglichkeit, solch eine Katastrophe zu verhindern, bevor es zu spät ist?»

Die Stunde der Völker Es gibt Möglichkeiten, müssen wir immer wieder antworten. Aber sie müssen eben auch ergriffen werden, selbst wenn sie zunächst gar nicht viel zu versprechen scheinen. Eine davon bot der «Völkerkongreß für den Frieden», der um die Mitte Dezember in Wien stattfand. Daß die bürgerliche und sozialdemokratische Welt des Westens ihn boykottierte und verleumdete, war soweit normal; man fühlte hier instinktiv, daß in Wien eine Kraft am Werk war, die, wenn bewußt entfaltet und gebraucht, dem von Amerika und seinen Mitläufern geführten kalten

Krieg gegen die soziale und nationale Revolution insbesondere der Ostvölker ein Ende zu machen imstand ist. Daß aber auch die in der «klassischen» Friedensbewegung stehenden Menschen dem Kongreß zumeist voller Mißtrauen, ja Feindseligkeit gegenüberstanden, das ist entschieden nicht mehr normal, ist vielmehr ein Zeichen, daß in dieser Bewegung etwas Wichtiges nicht in Ordnung ist.

O ja, ich weiß schon: der Wiener Kongreß war von dem mehr oder weniger kommunistisch-sowjetisch ausgerichteten Weltfriedensrat eingeladen und organisiert worden, und die kommunistisch eingestellten Delegationen spielten in Wien auch eine wesentliche Rolle. Die Kommunisten aber sind keine Pazifisten; sie glauben nur an einen Frieden, der auf die Macht der Waffen gestützt sei, und betreiben gegen die Mächte und Menschen, die nach ihrer Auffassung den Frieden bedrohen, eine Haßpropaganda, die — ebenso wie ihre militärische Rüstung — selbst eine Gefahr für den Frieden ist. Das alles ist ganz richtig — und dennoch war es falsch, von Wien fernzubleiben. Wie, wenn Gott sich gerade dieser «Gottlosen» bediente, um seine Sache, die Sache des Friedensreiches, vorwärts zu treiben? Die linkskatholische Pariser «Quinzaine» schrieb anfangs Dezember im Blick auf den «klugen» Rat, nicht nach Wien zu gehen: «Es hat uns geschienen, daß dies ein Sich-Drücken, eine Untreue gegenüber der Hingabe an das Evangelium bedeute. Und daß wieder einmal die Ehre unseres Gottes schwer bloßgestellt wäre, wenn die Christen einem Suchen fernblieben, das eine solche Masse von Menschen über die Welt hin in Bewegung setzt.» Das glaube ich tatsächlich auch. Denn mochten in Wien noch so viele Kommunisten dabei gewesen sein: es war trotzdem kein kommunistischer Kongreß, keine Wegbereitung für einen sowjetischen Frieden, kein Mißbrauch der Friedenssehnsucht der Völker für kommunistische Herrschafts- und Täuschungszwecke. Es war einfach ein Versuch, *die öffentliche Meinung der Welt für eine große Anstrengung zu gewinnen, eine dritte Kriegskatastrophe zu verhindern.* Und an diesem Versuch kann, ja muß man sich auch dann beteiligen, wenn man über die Grundlagen und den Geist einer *dauernden Friedensordnung* mit den Kommunisten gar nicht einig ist.

Wenn die Verhinderung eines neuen Weltkrieges davon abhinge, daß der Geist des radikalen Pazifismus, wie wir ihn verstehen, in den maßgebenden Völkern durchbricht, der Geist der völligen Gewaltlosigkeit und des nur sittlichen Widerstandes gegen alle Kriegsmächte, dann wäre unsere Lage allerdings hoffnungslos — ebenso hoffnungslos, wie wenn wir zur Bedingung für die Rettung des Friedens die vorherige allgemeine Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus machen wollten. So wie es einen unheilvollen marxistischen Friedensdoktrinarismus gibt (oder doch gab) — Leonhard Ragaz hat sich vom Kampf um den Völkerbund an bis tief in den Zweiten Weltkrieg hinein immer scharf gegen ihn gewandt —, ebenso gibt es auch

einen womöglich noch verhängnisvolleren pazifistischen Doktrinarismus, der die Sache der Friedensbewahrung mehr schädigt als manche offene Kriegstreiberei und Militärpropaganda. Wer heute Friedensarbeit leisten will, der darf nicht nur den Geist und den Glauben wecken wollen, der *auf weite Sicht* allein ein friedliches Zusammenleben der Völker gewährleistet; er muß auch und vor allem diejenigen Kräfte unterstützen, die sich *heute*, in der konkreten Lage, worin wir stecken, dem Drängen zum Krieg entgegenstemmen und ehrlich ein Nebeneinanderleben auch sehr gegensätzlicher Sozial- und Staatsordnungen ohne fortwährende Bedrohung des einen Lagers durch das andere, ohne hochgesteigerte Militärrüstungen, ohne gegenseitige Verhetzung und Verfeindung erstreben.

Daß die Sowjetunion und die östlichen Volksrepubliken, eingeschlossen China, zu diesen Kräften gehören und im wohlverstandenen Eigeninteresse die Verhinderung eines neuen Kriegsbrandes in den Mittelpunkt ihrer Außenpolitik gestellt haben, nimmt *unserer* Friedensarbeit nichts von ihrem Recht und ihrem Ernst. Auch in den dreißiger Jahren suchte die Sowjetunion eine gemeinsame Abwehrfront gegen die Kriegsgefahr zustande zu bringen (die damals insbesondere vom nazistischen Deutschland ausging), durchaus ehrlich und ohne tückische Hintergedanken. Hätte diese Politik Erfolg gehabt — der Zweite Weltkrieg wäre vermieden worden, wie rückschauend auch westmächtige Staatsmänner, so ein Lord Cecil, anerkannt haben. Es war nur blinder Antikommunismus und klassenbedingte Sympathie mit dem Faschismus, was die rechtzeitige Bildung der Abwehrfront gegen das Dritte Reich verhindert hat, zum unermesslichen Schaden der Westvölker. Und heute sollten wir diesen todbringenden Fehler wiederholen? Sollten aus Haß gegen den Kommunismus und aus feiger Angst, als «Schrittmacher des stalinistischen Despotismus» gebrandmarkt zu werden, *unseren* Friedenskampf konsequent von demjenigen der kommunistisch regierten Völker trennen? Wir hülften damit nur den Kriegsmachern! Ein dritter Weltkrieg kann, so wie die Dinge liegen, nicht ohne oder gar gegen die kommunistischen Länder verhindert werden, sondern nur mit ihnen zusammen, und das heißt, daß wir uns mit ihnen über die besten Mittel zur Rettung des Friedens irgendwie verständigen und eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens erzeugen müssen, aus der dann eine gemeinsame Aktion zur Überwindung der Kriegsgefahr hervorgehen kann.

Das aber wollte der Wiener Kongreß gerade. Er wollte ein Gespräch zwischen den beiden Lagern in Gang bringen, als einzige Alternative zum gegenseitigen Totschlag, zu dem es unweigerlich kommen wird, wenn es nicht zu solchem Gespräch in größtem Maßstab und auf höchster Ebene kommt. Wenn sich ein solches Gespräch nicht viel intensiver und fruchtbarer entwickelt hat, als das in Wien tatsächlich der Fall gewesen ist, so war daran nicht die Kongreßleitung schuld (die von

Anfang an darauf drückte und jede Meinung sich völlig frei aussprechen ließ), sondern die Abwesenheit einer stärkeren Gruppe von Nichtkommunisten — Christen, Pazifisten, Sozialisten, bürgerlichen Rüstungsgegnern —, die dem Kongreß ihren Stempel hätte aufdrücken können. Hoffen wir aber, daß Wien nur ein Anfang war, ein Anstoß, der sich über die ganze Welt hin fortpflanzen werde, und daß eine neue Welttagung ähnlicher Art von vornherein durch eine Organisation vorbereitet werde, die neben den Kommunisten und zugewandten Orten auch allen anderen Friedenskräften Sitz und Stimme sichert.

Und noch eins. In Wien war es verpönt, über die Ursachen des kalten Krieges und den Zusammenhang des *innerpolitischen* Regimes eines Landes mit seiner Außenpolitik zu reden. Und doch war es praktisch unmöglich, von diesen Dingen ganz zu schweigen. Ja, das Eindruckvollste, das wir in Wien erlebten, das fast ununterbrochene Defilee von Vertretern und Vertreterinnen der «zurückgebliebenen», der ausgebeuteten, niedergehaltenen Kolonial- und Halbkolonialvölker, die in oft ergreifender Weise ihre Leiden und ihre Sehnsüchte in die Welt hinaus schrien — es wäre in dieser Weise gar nicht denkbar gewesen, wenn nicht der Kolonialismus und Imperialismus unserer Zeit und seine Wurzel, der profitgierige Kapitalismus, auf die Anklagebank gesetzt worden wären. Man spürte hier wirklich den heißen Atem der Weltgeschichte, sah hinter den Sprechern auf der Tribüne fast greifbar vor sich die hungernden und verelendeten Volksmassen Koreas und Vietnams, Indiens und Malayas, Persiens und Ägyptens, Schwarzafrikas und Lateinamerikas. Und wurde sich aufs neue bewußt, daß die große Freiheitsbewegung dieser Völker, aufs ganze gesehen, eine entscheidende Kraft der Friedensbewegung darstellt, daß die soziale und nationale Revolution der farbigen Rassen auch *unsere* Sache ist und die vom heutigen Amerika angeführte Gegenrevolution der Beharrungsmächte die Hauptursache der Kriegsdrohung ist, die über uns schwebt. Anderseits durfte am Wiener Kongreß auch nicht ignoriert werden, was von den kommunistischen Staaten her friedensgefährdend und kriegsbegünstigend in die Welt hinauswirkt; der Schreibende hat — auf die Gefahr hin, falsch verstanden zu werden — selber die Gelegenheit benützt, um auch nach der kommunistischen Seite hin einige Mahnungen und Warnungen zu richten und den Gedanken eines vom Ost- wie vom Westblock gleich unabhängigen sozialistischen Westeuropa in die Debatte zu werfen.

Dennoch: die Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Wert und Unwert, Schuld und Verdienst der politischen Systeme und ihren Anteil an der *Entstehung* der Weltspannung müssen im Hintergrund bleiben, wenn wir die Völker zum Kampf für die Verhinderung eines dritten Weltkrieges sammeln wollen. Es sollte für die Zwecke einer Bewegung, wie sie in Wien gestartet wurde, genügen, über die eine, jedem Sehenswollenden in die Augen stechende Tatsache Klarheit zu schaffen, daß

eine längere Fortsetzung des kalten Krieges unausweichlich in den heißen Krieg ausmünden wird und daß uns gar nichts anderes mehr übrigbleibt, als den Gewaltlösungen, wie sie der Westen ins Auge faßt, zu widerstehen, als abzurüsten und uns schlecht und recht zu vertragen, wenn wir nicht alle zusammen elend zugrunde gehen wollen. Das allein war die Absicht des Wiener Kongresses. Er hat verstanden, daß jetzt die Stunde der Völker geschlagen hat. Und was wünschten wir mehr, als daß der Ruf, den er hat ergehen lassen, über die ganze Welt hin aufgenommen und in die Tat umgesetzt werde?

Vom Ursprung des kalten Krieges Daß im übrigen Klarheit auch über die Ursachen der Weltspannung für das Verständnis der internationalen Lage unerlässlich ist, bedarf hier keiner weiteren Begründung. In den «Neuen Wegen» ist dieser Seite des Kriegs- und Friedensproblems immer die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt worden, und wir möchten gerade heute, als Wegleitung ins neue Jahr hinein, den geschichtlichen Ursprung des sogenannten kalten Krieges einigermaßen zusammenhängend aufzuzeigen versuchen, soweit es der noch verbleibende Raum zuläßt.

Die offizielle westliche Lesart vom Ursprung des kalten Krieges ist bekannt. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges und darüber hinaus — so wird gesagt — bekundeten die Westmächte eine ausgesprochen freundschaftliche Haltung gegenüber der Sowjetunion. Sie waren voll guten Willens, sich mit ihr über die friedliche Organisierung der Welt zu verständigen, und bewiesen diesen Willen nicht nur durch die Aufnahme der Sowjetunion in die UNO, sondern auch durch ihre fast vollständige militärische Abrüstung. Wenn es dennoch zu einer wachsenden Verfeindung zwischen Ost und West, ja zu einem eigentlichen kalten Krieg zwischen den beiden Lagern gekommen ist, so ist das die Schuld der Sowjetunion, die nicht abgerüstet, sondern neu ausgerüstet und eine eigentliche Ausdehnungs- und Eroberungspolitik nach dem Westen hin eingeleitet hat, als Auswirkung ihres Diktaturregimes, das auch nach außen hin nur Gewalt- und Unterdrückungsmethoden kennen kann. Kurz, das Bündnis der vier Mächte, die Schulter an Schulter den Krieg durchgekämpft haben, ist mutwillig von der Sowjetunion zerbrochen worden, und den Westmächten blieb trotz allen geduldigen Bemühungen, zu einem gütlichen Ausgleich mit der Sowjetunion zu kommen, schließlich gar nichts anderes übrig, als eine «Position der Stärke» aufzubauen, von der aus den Russen, die eben nur die Sprache der Waffen verstehen, der Meister gezeigt werden muß.

So die westmächtliche Darstellung. Die Wahrheit lautet ganz anders. Halten wir vor allem fest, daß die Außenpolitik der Sowjetunion vor 1945 unbedingt defensiv, friedlich war, auch wenn sie mit der Wahrscheinlichkeit neuer kriegerischer Zusammenstöße rechnete, deren trei-

bende Kraft der Kapitalismus wäre. Von den Interventionskriegen, die nach 1917 vierzehn westliche und östliche Staaten auf russischem Boden geführt haben (die Sowjetunion verlor dabei rund 7 Millionen Menschen), über den kalten Krieg der zwanziger Jahre bis zu Hitlers Invasion im Jahre 1941, die ohne die Hilfe der Westalliierten für den Wiederaufbau der deutschen Machtstellung niemals möglich gewesen wäre, waren es immer die Westmächte, die — neben Japan — im Angriff standen, nicht die Sowjetunion, deren Lebensinteresse eben daran hing, daß sie ihr gewaltiges inneres Aufbauwerk ungestört durch äußere Bedrohung fortführen konnte. Was in aller Welt sollte also die Leiter der Sowjetunion veranlaßt haben, am Ende des Zweiten Weltkrieges plötzlich selbst zu einer Ausdehnungs- und Eroberungspolitik überzugehen, statt die entsetzlichen Wunden zu heilen, die der Krieg ihrem Volk und Land geschlagen hatte? Und *wenn* schon die Sowjetpolitik eine solche radikale Änderung erfahren hätte — warum ist dann das neue Eroberungsprogramm nicht gleich nach 1945 ausgeführt worden, zu einem Zeitpunkt also, da die Rote Armee innert weniger Monate hätte ganz Westeuropa überrennen und besetzen können? Warum schaut die Sowjetunion auch seither ruhig zu, wie die Westmächte fieberhaft gegen sie aufrüsten? Warum hat sie beispielsweise nicht die Festlegung des Hauptteils der amerikanischen Wehrmacht in Korea dazu benützt, ihre Angriffspläne in Europa zu verwirklichen? Lauter unlösbare Rätsel für den, der von einem nach Kriegsende durchgebrochenen sowjetischen Eroberungswillen ausgeht (denn der zeitweilige Alleinbesitz der Atombombe durch die Vereinigten Staaten vermag die Zurückhaltung der Sowjetunion niemals befriedigend zu erklären). Kein Rätsel aber kann es für denjenigen geben, der vernünftigerweise annimmt, daß die sowjetische Außenpolitik nach wie vor dem Zweiten Weltkrieg grundsätzlich die gleiche geblieben ist — defensiv, friedlich, kompromißbereit —, *so wie auch die Politik der Westmächte seit 1918 die gleiche geblieben ist* — antikommunistisch, gegenrevolutionär, draufgängerisch-gewalttätig.

Gewiß, der Angriffskrieg Hitlers, der sich zur peinlichen Überraschung der Westmächte, nach der Niederwerfung Polens, auch gegen sie selber richtete, um erst nachher die Sowjetunion zu erfassen (wie es die «Münchener» Politik schon von Anfang an erfordert hätte) — Hitlers Angriff zwang Frankreich, England und dann auch Amerika zur vorübergehenden Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Aber die feindselige Grundhaltung des konservativ-kapitalistischen Westens gegenüber dem Mutterland der sozialen Revolution blieb auch während des Kriegsbündnisses mit Moskau bestehen, so wie das erst recht in der Zeit der Nichtkriegführung Rußlands der Fall gewesen war (man denke etwa an die Pläne, die Sowjetunion von Finnland und anderseits von der Türkei aus in die Zange zu nehmen, oder an die verschiedenen Versuche, Frankreich-England auf Kosten Rußlands wieder mit Deutschland

zu versöhnen, wobei der Vatikan eine nicht geringe Rolle spielte). Nur widerstrebend halfen die Westmächte der Sowjetunion zum Beispiel gegen Finnland, das doch seit Juni 1941 offen an der Seite Hitlers Krieg gegen Rußland führte; die Vereinigten Staaten brachen nicht einmal die diplomatischen Beziehungen mit Finnland ab. Und dann die Tragödie der «Zweiten Front», die die Westmächte hätten gegen Deutschland errichten sollen, aber zwei Jahre lang nicht errichtet haben — trotz förmlichem Versprechen! Die Sowjetunion hatte diese Nichtintervention nicht viel weniger teuer zu bezahlen als die bewaffnete und nichtbewaffnete Intervention des Westens in den ersten Jahren ihrer Existenz. *Carl Marzani* stellt in seinem aufschlußreichen Buch «We can be friends» («Wir können Freunde sein»), das vor kurzem in Neuyork erschienen ist, mit nur zuviel Grund fest:

«Wenn man auf die langen Jahre der Intervention, der heißen und kalten Kriege und der gebrochenen Versprechen, Konflikte und Beschuldigungen des Zweiten Weltkrieges zurückschaut, dann ist für einen unparteiischen Beobachter das Erstaunliche nicht, daß (auf russischer Seite) Argwohn aufkam, sondern daß er nicht schlimmer war. Die Sowjetunion war tatsächlich nicht dogmatisch in ihrer vorsichtigen Haltung. Das gibt auch ein so gründlich sowjetfeindlicher General wie General Deane zu. Er erzählt, wie die Russen beträchtliche Risiken eingingen, um ihre Freundschaft zu zeigen. Die amerikanischen Flieger zum Beispiel, die den Doolittle-Angriff auf Japan ausgeführt hatten und in Rußland gelandet waren, durften aus der Internierung 'entweichen', obschon Rußland damals noch im Frieden mit Japan war.»

Und kein Geringerer als der frühere amerikanische Kriegs- und Außenminister *Stimson* anerkennt in seinen Erinnerungen, daß die Russen nicht nur getreu ihre Verpflichtungen einhielten, sondern auch Opfer brachten, zu denen sie gar nicht verpflichtet waren, zum Beispiel indem sie durch eine eigene Offensive deutsche Kräfte banden, als Hitlers Wehrmacht ihre berühmte Ardennenoffensive unternahm.

Atomische Politik Der Bruch zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten erfolgte erst nach dem jähen Tod Roosevelts. Sein Nachfolger *Truman* verkehrte die Praxis freundschaftlicher Zusammenarbeit mit Rußland, die bisher ein leitender Grundsatz der amerikanischen Politik gewesen war, bewußt in ihr Gegenteil. Nicht daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten damals schon sowjetfeindlich gewesen wäre; das amerikanische Volk war vielmehr immer noch durchaus russenfreundlich gesinnt. Aber in den regierenden Kreisen war ein Umschwung eingetreten, oder besser: der alte Antikommunismus war aufs neue durchgebrochen, nachdem *Roosevelt*, der große «Zauberer», von der Weltbühne verschwunden war. *Truman* selbst war ein alter Antikommunist. Schon 1941 — er war damals noch Senator — hatte er gesagt: «Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, sollten wir den Russen helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen. Sie sollen auf die Art gegenseitig

so viel Menschen umbringen als nur möglich, wenn ich auch Hitler unter keinen Umständen siegreich sehen möchte» (vgl. «New York Times» 24. 6. 1941).

Als Vizepräsident unter Roosevelt mußte er natürlich eine gewisse Zurückhaltung üben. Nachher brauchte er, zur Macht gelangt, seinen Gefühlen keinen Zwang mehr anzutun. Gleich als Molotow, der sowjetische Außenminister, auf der Reise zur Gründungskonferenz der UNO am 23. April 1945 dem neuen Präsidenten seine offizielle Aufwartung machte, überschüttete ihn Truman mit Vorwürfen wegen des angeblichen Bruches übernommener Verpflichtungen in der Frage der neuen polnischen Regierung — völlig grundlos und gegen den Rat von Außenminister Stimson, Admiral Leahy und General Marshall. Senator Vandenberg aber, einer der erbittertsten Gegner von Roosevelts Rußlandpolitik, triumphierte. In seinem Tagebuch vermerkt er:

«Das ist die beste Kunde seit Monaten. Mit F. D. R's Beschwichtigung Rußlands ist es vorbei... Rußland zieht sich vielleicht (aus der UNO) zurück. Dann wird eben die Konferenz ohne Rußland weitergehen.»

In San Franzisko war es dann die amerikanische Regierung selbst, die eine übernommene Verpflichtung brach, indem sie die Aufnahme des nazifreundlichen Argentiniens in die Organisation der Vereinten Nationen durchsetzte. Das war der erste offene Schritt, um die Abmachungen von Jalta umzustößen und — gemäß der Absicht von John Foster Dulles — die Vereinten Nationen als Werkzeug einer sowjetfeindlichen Politik zu gebrauchen, eine Strategie, die im Lauf der Jahre so folgerichtig und verhängnisvoll entwickelt werden sollte. Die Vereinigten Staaten machten zwar geltend, die Aufnahme Argentiniens in die UNO würde dem einmütigen Wunsch der lateinamerikanischen Staaten entsprechen, und die Sowjetunion war auch grundsätzlich bereit, dem Rechnung zu tragen. Aber als sie eine kurze Verschiebung der Aufnahme Argentiniens — Stalin sprach gegenüber dem amerikanischen Sondergesandten Harry Hopkins von drei Monaten — anregte, lehnten die USA das schroff ab und bestanden auf der sofortigen Zulassung des schon damals halbfaschistischen Argentiniens. Man wird kaum anders urteilen können als Marzani (in dem erwähnten Buch, Seite 222):

«Als die Vereinigten Staaten das Begehren eines freundschaftlichen Verbündeten nach einem kurzen Aufschub verächtlich abwiesen, konnte man dieses Verhalten nur auf eine einzige Art deuten: Die Regierung Truman war an der Einheit und an einer freundschaftlichen Zusammenarbeit (mit Rußland) nicht interessiert.»

Der gleichen Meinung ist Del Vayo, der in «The Nation» (1. 10. 1949) schrieb:

«Vielleicht der erste Bruch (der Einigkeit zwischen Rußland und Amerika. H. K.) erfolgte in San Franzisko im Jahr 1945, als die Amerikaner die Aufnahme Argentiniens in die Vereinten Nationen erzwangen. Einige Tage nachher überzeugte mich eine lange Unterhaltung mit Molotow, daß die russische Delegation diese Handlungs-

weise, die mit einem Streich alles auslöschte, was Roosevelt über die Kriegsziele gesagt hatte, als eine Warnung betrachtete, die anzeigte, daß die Vereinigten Staaten plötzlich ihre Haltung geändert hatten.»

Ein zweites Mal kam die neue Politik der USA gegenüber der Sowjetunion zum Ausdruck an der Potsdamer Konferenz, die am 1. August 1945 zu Ende ging und an der Präsident Truman selber teilnahm. Der frühere Unterstaatssekretär im Außenministerium, Sumner Welles, spricht das unumwunden aus (in seinem Buch «Where are we heading?»):

«Die Früchte der Roosevelt-Politik wurden in Teheran und Jalta offenbar. Dann ging plötzlich die Leitung der amerikanischen Politik in andere Hände über. Die verhängnissschwere Wendung, die das für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen brachte, war jedem objektiven Beobachter offenbar, der an der Potsdamer Tagung dabei war. Die Sowjetregierung wußte natürlich, daß Präsident Truman von gegenseitlichen Ratschlägen in bezug auf die Methoden bedrängt wurde, die er in seinen Verhandlungen mit ihr anwenden sollte. Sie war sich völlig im klaren, daß eine Gruppe von Beratern, welche die von ihnen so genannte ‚Beschwichtigungspolitik gegenüber Rußland‘ verpönte, die Auffassung vertrat, eine Taktik der starken Faust sei das einzige Mittel, um Erfolg zu erzielen.»

Schon wenige Tage nach Potsdam triumphierte diese «Taktik der starken Faust» in sensationellster Art. Denn der Abwurf der ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki am 6. August 1945 galt ja nicht dem militärisch bereits zusammenbruchsreifen Japan; er galt der Sowjetunion. Wie Professor Blackett, der berühmte englische Kernphysiker, in seinem Buch «Krieg, Furcht und die Atombombe» bemerkt (wir haben es schon einmal erwähnt):

«Der Abwurf der Atombomben war nicht so sehr der letzte militärische Akt des Zweiten Weltkrieges als die erste Hauptoperation in dem diplomatischen kalten Krieg mit Rußland, der jetzt im Gang war.»

Die Absicht war eine doppelte: erstens das vereinbarte Eingreifen der Sowjetunion in den Krieg mit Japan und damit ihre Beteiligung an der Besetzung Japans zu verhindern und zweitens, der Sowjetunion handgreiflich zu beweisen, wessen Amerika jetzt fähig war, wenn es zu einer Kraftprobe mit Rußland kommen sollte.

Ausnützung des Atombomben-Monopols zur Einschüchterung Rußlands — das war fortan in der Tat einer der Leitgedanken der amerikanischen Außenpolitik. Auf welchem gefährlichen Weg sich die Regierung Truman damit begab, dafür haben wir einen einwandfreien Zeugen ersten Ranges: den damaligen Kriegsminister Henry Stimson, einen der hervorragendsten amerikanischen Staatsmänner seiner Zeit, der zwischen 1911 und 1945 in vier Regierungen Kriegs- oder Außenminister gewesen war. Unter dem 11. September 1945 richtete Stimson eine Denkschrift an Präsident Truman, die eines der Schlüsseldokumente des kalten Krieges darstellt, bei uns aber fast unbekannt ist. Es wäre eigentlich nötig, das Schriftstück im Wortlaut anzuführen; Raumes halber müssen wir uns mit ein paar wenigen Zitaten begnügen.

Stimson warnt in seinem Memorandum eindringlich vor einem amerikanischen Atombomben-Monopol und seiner Ausnützung gegen die Sowjetunion und schlägt statt dessen sofortige direkte Verhandlungen mit Rußland über eine gemeinsame Atomkraftpolitik vor. Er weist darauf hin, daß ein amerikanisches Monopol die Russen nur zu fieberhaften Anstrengungen aufstacheln müsse, die Bombe ebenfalls herzustellen, und das werde dann unweigerlich zu einem fast ver-zweifelten Wetttrüsten mit all seinen gefährlichen Folgen führen.

«Wenn wir — so schreibt Stimson — es jetzt versäumen, uns ihnen (den Russen) zu nähern und lediglich mit ihnen weiter verhandeln, diese Waffe ostentativ an unserer Hüfte tragend, dann werden ihr Argwohn und ihr Mißtrauen gegenüber unseren Zielen und Beweggründen zunehmen... Die Hauptlektion, die ich in einem langen Leben gelernt habe, ist, daß die einzige Art, einen Menschen vertrauenswürdig zu machen, darin besteht, ihm selbst zu vertrauen; der sicherste Weg aber, ihn vertrauensunwürdig zu machen, besteht darin, ihm zu mißtrauen und ihm unser Mißtrauen zu zeigen.»

Stimson drückt sodann seine Überzeugung aus, daß die Atombombe den Höhepunkt des Wettrennens zwischen den technischen und moralischen Kräften des Menschen darstelle, und fährt fort:

«Wenn dem so ist, dann ist die Art und Weise, wie wir an die Russen herantreten, eine Frage von lebenswichtigster Bedeutung in der Entwicklung des menschlichen Fortschritts... Nach meinem Urteil wären die Sowjets eher geneigt, auf einen direkten und geradlinigen Annäherungsversuch von seiten der Vereinigten Staaten in dieser Frage ehrlich zu antworten, als wenn diese Annäherung im Zusammenhang mit einem allgemeinen internationalen Plan erfolgte oder wenn sie nach einer Reihe offener oder verschleierter Drohungen oder Halbdrohungen bei unseren Friedensverhandlungen geschähe.»

Und Stimson schließt, indem er davor warnt, die Frage der Atomkraftkontrolle irgendwie zum Gegenstand allgemeiner internationaler Verhandlungen zu machen; die Russen würden ein solches Vorgehen sicher nicht ernst nehmen:

«Die Verwendung dieser Bombe ist von der Welt als Ergebnis der Initiative und Schöpferkraft der Vereinigten Staaten angenommen worden, und ich glaube, dieser Umstand ist ein ungemein mächtiger Hebel dafür, daß unsere Vorschläge von den Sowjets angenommen werden, während ich höchst skeptisch bin in bezug auf die Erzielung irgendwelcher greifbarer Ergebnisse vermittelt internationaler Auseinandersetzungen. Ich schlage dringend diese Methode vor als den am meisten realistischen Weg, um diesen lebenswichtigsten Schritt in der Geschichte der Welt auszuführen.»

Präsident Truman schlug Stimsons Rat und Warnung in den Wind, ja er tat gerade das Gegenteil dessen, was ihm sein hervorragender Mitarbeiter empfohlen hatte. So kam es zur Ausarbeitung einer rein amerikanischen Atomkraftpolitik, die die Spannung mit Rußland nur verschärfen konnte. Und es kam zur Einreichung jenes Kontrollplans an die Vereinten Nationen, der als Baruch-Plan bekannt geworden ist und von vornherein so angelegt war, daß er von der Sowjetunion gar

nicht angenommen werden konnte, weil er eindeutig auf die amerikanischen Militär- und Wirtschaftsinteressen zugeschnitten war und die Machtstellung der Vereinigten Staaten in Hinsicht auf die Atomkraftverwendung gegenüber der Sowjetunion wesentlich verstärkt hätte (wir haben das an Hand von Professor Blacketts Buch bereits früher einläßlicher dargetan). Stimson hatte nur zu sehr recht: die Internationalisierung der Atomkraftfrage machte sie unlösbar, und es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß die USA-Regierung dieses negative Ergebnis von vornherein in Aussicht nahm. Die Propagandawirkung des amerikanischen Vorgehens war hingegen — im Sinn der Vereinigten Staaten — unzweifelhaft positiv. «So groß», stellt Blackett fest, «war der Erfolg, mit dem dieser täuschende Plan in den meisten Ländern als weise und edelmütige Maßnahme aufgetischt wurde, daß es möglich wurde, die Sowjetunion infolge ihrer ablehnenden Haltung als das einzige Hindernis für den Weltfrieden zu brandmarken.»

Heißer Krieg oder Umkehr! Das war also der Anfang des kalten Krieges. Die Fortsetzung ergab sich daraus logisch und ist ja auch eher bekannt. Es kam am 5. März 1946 Churchills bestürzende Rede in Fulton (Missouri), die man als die förmliche Erklärung der Feindseligkeiten gegen die Sowjetunion bezeichnet hat. Sie wurde in Anwesenheit und sicher nicht ohne Vorwissen Trumans gehalten und sprach das aus, was die amerikanische Regierung damals noch nicht offen sagen konnte oder wollte. Es kam ein Jahr darauf, am 12. März 1947, die Verkündung der Truman-Doktrin, die nunmehr ganz offiziell die Sowjetunion mit Krieg bedrohte, falls sie — es handelte sich zunächst um den Balkanraum — ihre «Ausdehnungspolitik» fortsetzen sollte. «Der neue Kurs», so stellt Walter Millis, der Herausgeber der Tagebücher des späteren Wehrministers Forrestal, fest, «entsprach genau den moralischen, strategischen und taktischen Ideen, die Forrestal schon seit langem entwickelt hatte.» Forrestal, der dann in geistiger Umnachtung und Selbstmord endete, war in der Tat einer der unheilvollsten von den Hintermännern Trumans, die für den Bruch mit der Politik Roosevelts verantwortlich sind. Forrestal protegierte auch den «Theoretiker» des kalten Krieges, George F. Kennan, einen der maßgebenden Männer in der Planungsabteilung des Außenministeriums, deckte sich doch, wie Millis ebenfalls bemerkt, seine Auffassung genau mit derjenigen Forrestals — die Auffassung nämlich, daß Amerikas Politik gegenüber der Sowjetunion «nicht auf die Annahme gegründet werden dürfe, daß eine friedliche Lösung des russischen Problems möglich sei» (Kennan hat seine Meinung seither etwas geändert, machte sich aber im letzten Jahr als amerikanischer Botschafter in Moskau dennoch unmöglich).

Es kann nicht überraschen, daß in diesem geistigen Klima der Ge-

danke eines Präventivkrieges gegen Rußland üppig gedieh und bis in die höchsten politischen und militärischen Kreise der Vereinigten Staaten hinein gehegt wurde. Ein Ausdruck davon ist jener Plan des damaligen amerikanischen Außenministers James F. Byrnes, auf das Frühjahr 1948 eine Konferenz für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland einzuberufen. Für den Fall, daß eine Einigung mit der Sowjetunion nicht zustande komme, sei, so wollte Byrnes, ein Sonderfriede der Westalliierten mit Westdeutschland zu unterzeichnen, der den Abzug aller Besetzungstruppen vorsehen müsse; wenn die Sowjetunion dann Ostdeutschland nicht räume, sei sie mit Gewalt daraus zu vertreiben. Der Plan wurde seinerzeit nicht ausgeführt; die Ankündigungen von Eisenhower und Dulles, wonach die Vereinigten Staaten nicht ruhen würden, bis die Sowjetunion hinter ihre eigentlichen Grenzen zurückgeworfen und der ganze Osten befreit sei, zeigen indes, daß seine Grundidee nicht aufgegeben, vielmehr in noch weit größerem Maßstab weiterentwickelt worden ist. Und auch Präsident Trumans Abschiedsbotschaft an die amerikanische Bundesversammlung unterstreicht ja sicher nicht ohne Absicht nochmals ganz kräftig den «Kreuzzugsgedanken» mit ihrer Kampfansage gegen die Sowjetunion, deren «dominierende Idee», wie er sagt, in dem «schrecklichen Dogma» bestehe, «daß die Menschen keine Rechte haben, sondern von der Gnade des Staates abhängen».

Doch wir wollen ja nicht die einzelnen Etappen des kalten Krieges und seine wechselvolle Geschichte beschreiben; es sollte nur einmal im Zusammenhang sein Ursprung aufgezeigt und sein Sinn klargestellt werden. Nur eine Feststellung sei nochmals gemacht: Die verantwortlichen Führer der Vereinigten Staaten glauben selber nicht im Ernst an kriegerische Absichten der Sowjetunion, weder für die nächste noch für eine spätere Zukunft. Zahlreiche Äußerungen amerikanischer Staatsmänner, Diplomaten und Militärs bezeugen das sehr eindeutig. Und die Gefahr, die vom Kommunismus her auch nach unserer Überzeugung droht, liegt ja auch tatsächlich auf einem anderen Gebiet — auf einem Gebiet freilich, auf dem die westlich-bürgerliche Welt mit dem Kommunismus nicht erfolgreich zu konkurrieren vermag. Gerade darum aber muß den Völkern suggeriert werden, die unmittelbarste und hauptsächliche Gefahr, deren sie sich von der Sowjetunion zu versehen hätten, liege auf militärischem Gebiet — auf demjenigen Gebiet also, auf dem sich Amerika und die Westmächte dem Ostblock durchaus überlegen glauben. Hier müsse der große Menschheitskampf, von dem Truman redet, ausgetragen werden; hier müsse der Westen so stark gemacht werden, daß er dem Osten seine Bedingungen unter allen Umständen auferlegen könne — im kalten Krieg, wenn möglich, im heißen, wenn nötig.

Daß der Besitz eines großen Vorrats von Atombomben und neuerdings auch der Wasserstoffbombe Amerika zu dieser Druck- und Drohpolitik in besonderem Maß ermuntert, ist gar keine Frage; auch in der Neuyorker «Herald Tribune» seufzte letzthin ein Kommentator — Ned Russell —, für die Präventivkrieganhänger stelle die Wasserstoffbombe «die Pistole auf dem Tisch» dar, die schließlich die «Machtsituation» geschaffen habe, von der aus eine erfolgsversprechende Ultimatumspolitik gegenüber der Sowjetunion eingeleitet werden könne. Und die Überlegung scheint wirklich für viele zwingend, daß — wenn schon der Krieg unvermeidlich sei, wie das eine nun seit Jahren betriebene Propaganda glaubhaft machen will — Amerika seinen Vorsprung in der Herstellung von Atom- und Wasserstoffbomben entschlossen ausnützen müsse, solange es noch Zeit dafür sei. Daß auf diesem Weg nur der Untergang liegen kann, ist zwar gewiß. Auch Amerika kann, trotz seiner scheinbar erdrückenden militärischen und wehrwirtschaftlichen Übermacht, des Sieges keineswegs sicher sein und müßte ihn auf jeden Fall mit der endgültigen Auflehnung der ganzen farbigen Welt gegen den Westen auch politisch teuer bezahlen. Und vollends die europäischen Völker! Dennoch — die Kriegshysterie ist eher im Zunehmen begriffen; ohne diesen Hintergrund wäre sowohl die Verurteilung der beiden Rosenberg wie diejenige der Gruppe Slansky-Clementis niemals möglich gewesen*. An ihre Milderung durch Regierungsaktionen glauben wir längst nicht mehr, und auch Churchills sonst löbliches Bemühen, mit Eisenhower ins persönliche Gespräch zu kommen, bevor in Washington unwiderrufliche Beschlüsse gefaßt werden, wird kaum viel zu einer Entspannung beitragen. So kommt eben — und man kann das nicht oft genug sagen — alles auf die Völker selbst an. Ihr Erwachen, ihr wachsender Widerstand gegen alle Gewaltlösungen, die der Weltspannung gegeben werden wollen, werden die Regierungen allein zwingen können, von dem Weg umzukehren, der aus dem kalten in den heißen Krieg hineinzuführen droht. Daß das Völkererwachen noch rechtzeitig kommen möge, mit diesem Wunsch sind wir ins neue Jahr hineingegangen.

12. Januar.

Hugo Kramer.

* Das gleiche gilt von der seither bekanntgegebenen «Verschwörung jüdischer Ärzte in Moskau», hinter der die große amerikanisch-jüdische Hilfsorganisation «Joint Committee» stehen soll, von der Verhaftung des ostdeutschen Außenministers Dertinger, der ebenfalls als amerikanischer Agent «entlarvt» worden ist, wie von den bevorstehenden Prozessen gegen Anna Pauker in Rumänien, gegen Gomulka in Polen und anderen ähnlich aufgezogenen Liquidierungsaktionen. So unglaublich die Begründung der Anklagen in all diesen Verfahren auch ist — als Anzeichen wachsender Angst vor Krieg und Umsturz sind sie schlechthin unheimlich. Was bereitet sich da vor?